

7/S XXIV.GP

**STELLUNGNAHME****gemäß Art. 23e Abs. 3 B-VG****des Hauptausschusses des Nationalrates  
vom 23. Oktober 2013****12389/13 CO EUR****Europäischer Rat (Tagung am 24./25. Oktober 2013) – Entwurf der erläuterten Tagesordnung**

Die Bundesregierung, insbesondere der Bundeskanzler, wird aufgefordert, folgende Vorschläge auf europäischer Ebene mit Nachdruck einzubringen und sich für gemeinsame europäische Wege zur raschen Umsetzung derselben einzusetzen:

- Die gemeinsame Bankenaufsicht und ein europäischer Restrukturierungs- und Abwicklungsrahmen muss rasch umgesetzt werden. Beim EU-weit einheitlichen Bankeninsolvenzrecht ist zu gewährleisten, dass zukünftige Bankenpleiten nicht nur vom Staat, sondern in erster Linie von den Aktionären, Gläubigern und Anlegern mit Einlagen über 100.000 Euro getragen werden (Bail-in). Der Zeitpunkt des Inkrafttretens der Bail-In Instrumente ist im Sinne der Stabilität zu prüfen.
- Die Verhandlungen über die Finanztransaktionssteuer müssen forciert und rasch im Sinne des Vorschlags der Europäischen Kommission abgeschlossen werden.